

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dreieckschrift  
Tageblatt Riesa.  
Herrnzu Nr. 20.  
Volljahr Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicher bestimmte Blatt.

Poststedtontor  
Dresden 1580.  
Straße:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 181.

Dienstag, 9. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufstellgebühr. Für den Fall des Untertritts von Produktionsverlusten, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise bezahlen wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 mm breite, 3 mm hohe Gründchenschrift, 5 Silben 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Bezug verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge — Träger einer irgendwelcher Erklärungen des Betriebes der Druckerei, der Dresdner oder der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsbrief und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstellen: Wilhelm Wittich, Riesa.

## Die Tribut-Diskussion.

Es war berechnigt, nicht allzu große Hoffnungen auf die Unterhaltungen in Chequers zu legen. Denn das Reparationsproblem, das ja in der Hauptstunde angeschnitten werden sollte, kann von England nicht allein gelöst werden. So wird, man die Kommentare über die England-Reise unseres Kanzlers selbst dann ohne Überraschung annehmen, wenn sie mit der Einleitung beginnen, was bei vielen der Fall ist, erreicht sei nichts. Das Communiqué, ausgegeben von der englischen Regierung und freiert mit Einverständnis Dr. Brünings, sagt ebenso wenig, wie die Rede, die Dr. Curtius vor den Pressevertretern gehalten hat. Man versucht zwischen den Zeilen zu lesen und liest, mit einigen Sicherheit das: der Pragmatikplex ist erbrochen worden. England zeige für die deutsche Lage arbeits Interesse, habe die Absicht, sich für die deutschen Forderungen einzusezen. Das ist aber auch alles. Auf gut deutsch gelöst heißt das: Verständigung, warten auf eine bessere Zeit.

Selbst der gute Ton der englischen Presse, die jetzt einwütig fast dafür appelliert, dass Deutschland entlastet und gerettet werden müsse, kann unsere Erwartungen nicht stillen. Wir müssen erkennen, dass wir noch einen schweren Weg zu gehen haben.

In dem Aufruf der Reichsregierung, der der Notverordnung beigegeben wurde, ist von den Kosten der Tribute gesprochen worden, ist nicht eine andere Lösung der Reparationsfrage angeregt und verlangt worden, sondern unabweislich die Befreiung der ganzen Tributpflicht. Damit geht die Regierung den richtigen Weg, denn in der Tributfrage kann es keine Teillösung mehr geben. Es muss eine vollständige Befreiung dieser Kosten erfolgen. Eine Teillösung würde sich sicherlich auf die Anpassung der bestehenden Zahlungen an den Weltmarktpreis beschränken, das heißt, zu einer Senkung um etwa 40 Prozent führen. Damit aber kann Deutschland nicht geholfen werden. Deutschland braucht die völlige Befreiung, wenn es nicht zusammenbrechen soll. Der deutsche Zusammenbruch aber bedeutet für die gesamte Welt mehr als die pünktliche Ablieferung der Tributaten, einer Summe, die nach Amerika fließt und dort als Geldüberfluss nur Unheil anrichtet.

Sicherlich haben wir in England eine starke Stütze gegen die Tributaten gehabt, und sicherlich wird sich die englische Regierung zugunsten der deutschen Forderungen aussprechen, wenn diese offiziell an die Reparationsmächte gerichtet werden. Aber wir wissen auch, dass selbst England seinen Verzicht auf die Reparationszahlungen Deutschlands nur dann aussprechen will, wenn gleichzeitig eine Schuldentlastung durch Amerika erfolgt. Wahrscheinlich wäre dann auch Frankreich für eine Streichung der Tributate zu haben, wenn aus der französischen Presse heute auch noch eine andere Meinung fund wird und die französische Regierung erklärt, sie könne einstweilen sich nicht zur Erörterung der Reparationsfrage entschließen.

Wir wissen demnach, dass letzten Endes Amerika ausschlaggebend ist, dass der deutsche Appell an Amerika gerichtet werden muss. Nur liegen noch dem neuen deutschen Vertrag, noch einmal die Verhältnisse zu meistern und nach der ersten Sprache, die der Regierungsauftrag führt und die in der Notverordnung zu finden ist, aus Amerika einige Meldungen vor, dass man dort nicht abgesehen ist, die Frage der Schuldentlastung zu diskutieren und größtes Entgegenkommen zu zeigen. Der bekannte Senator Borah hat eine Aktion unternommen, die viel beachtet wird, nachgeweisende Männer der Politik und Wirtschaft haben erklärt, man dürfe nicht mehr aus prinzipiellen Gründen die Diskussion der Schuldenfragen unterdrücken und sie von den alten Bedingungen abhängig machen. Denn Amerika würde mehr verlieren, wenn Deutschland nicht mehr zu reiten sei, als wenn es auf die regelmäßigen Eingänge der deutschen Zahlungen über die Reparationsbank beklände.

Die Reise des amerikanischen Außenministers nach Europa zum Studium der Verhältnisse war bereits vor einigen Wochen angekündigt, jetzt heißt es, auch der Finanzminister werde eine Europareise antreten. Gewiss hängen diese Reisen mit der wichtigen Reparations- und Schuldenfrage zusammen, wenn sie auch als private Unternehmungen geltend sollen. Die beiden Männer sollen sich ein Urteil über die Lage in Europa und besonders über die Lage Deutschlands einholen. Das beantragt aber Zeit. Zeit geht viel verloren, bis die politische Maschine in Gang gesetzt wird. Und doch müsste schnell gehandelt werden, wenn die Tributbefreiung, ganz gleich auf welche Weise, einen Stand haben soll.

Es wäre leicht möglich, dass eine veränderte Situation die jetzige Gemeinschaft, Deutschland zu glauben, aufhebt. Ergibt sich, dass Deutschland die neuen Kosten tragen kann, stellt sich womöglich eine Besserung ein, so wird man mit Engelszungen reden müssen und doch ohne Erfolg bleiben. Auch das Warten auf die nächste Abrüstungskonferenz, die bekanntlich erst im nächsten Jahre stattfindet, muss entschieden bekämpft werden. Freilich, Amerika hat sich darauf festgelegt, nur dann mit ihm über die Schuldentlastung reden zu lassen, wenn die Abrüstung weitgehend genug vorgenommen wird. Es liegt aber heute schon klar, dass z.B. Frankreich lieber das ganze Reparationsproblem verzögert, lieber auf den Schuldenvertrag verzichtet — denn die Schuldenzahl ja Deutschland, sie drücken nicht —, als einen Soldaten mehr abzubauen, als es vorgesehen hat. Solange diese amerikanische Bedingung an der Spitze der Reparations- und Schuldenfrage steht, werden wir vergeblich verhandeln, appellieren und um Gerechtigkeit kämpfen, werden wir vergeblich auf die Gefahren außerhalb machen, die die Welt-

## Abschluß des deutschen Besuches in London.

Die deutschen Minister beim König von England.

### Empfänge und Ehrenungen.

Berlin. Der Reichskanzler, der Reichsaußenminister und der deutsche Botschafter begaben sich gegen 10 Uhr morgens im Kraftwagen vom Carlton-Hotel nach dem Buckingham-Palast, wo die deutschen Minister vom König zu Audienz empfangen wurden. Der deutsche Botschafter stellte den Reichskanzler und den Reichsaußenminister dem Könige vor. Daran schloß sich eine längere freundschaftliche Unterhaltung.

Um 11.15 Uhr gab die Anglo-German-Association im Dorchester-Hotel des deutschen Ministers ein Frühstück. Um 1.00 Uhr nachmittags stand im Chatham-House ein Empfang des Königlichen Instituts für internationale Angelegenheiten zu Ehren der deutschen Minister statt, abends um 8.00 Uhr ein Bankett und anschließend großer Empfang auf der deutschen Botschaft.

London, 9. Juni.

Das Frühstück der Anglo-German-Association zu Ehren des deutschen Reichskanzlers und des Reichsaußenministers war ein Ereignis von besonderer Bedeutung. Dem Reichskanzler zur Rechten saß der Vorsitzende der Anglo-German-Association, der vormalige Vizekönig von Indien, Lord Reading, zur Linken Schatzkanzler Snowden. Unter den zahlreichen Unwesenden befanden sich Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments, der deutsche Botschaftsrat Graf Bernstorff und andere deutsche Herren.

Es herrschte ein äußerst herzlicher Ton, der auch besonders in der Begrüßungsansprache Lord Readings zum Ausdruck kam. Dieser brachte in seinem Trinkspruch auf die beiden deutschen Staatsmänner die hohe Ehre zum Ausdruck, die sie dem Verbande durch ihren Besuch bezeugt haben. Lord Reading bemerkte nach einer Befriedigung der schwedenden Verantwortung, die auf Dr. Brüning laste, und den hohen Dienste, die Dr. Curtius seinem Lande erwiesen habe, weiter: Unsere beiden Länder stehen vor zahlreichen Schwierigkeiten. Die ersten Fragen, die uns berühren, die Wirtschaftskrise, die industrielle Depression und die Arbeitslosigkeit in beiden Ländern berühren uns nicht allein, nicht nur Europa, sondern auch Amerika und nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Südamerika und die ganze Welt. Diese ernste Krise ist die Krise aller Nationen. Wir müssen forschieren, soweit wir es irgend können, das Heilmittel zu suchen.

Reichskanzler Brüning, der auf die sehr beständig aufgenommene Rede Lord Readings antwortete, erklärte nach einem Hinweis auf die Befriedigung, mit Dr. Curtius Botschaft der Mitglieder der englischen Gruppe der Anglo-German-Association zu sein: Der Präsident Ihres Verbandes, dem ich seit langem angehören die Ehre habe, hat soeben meinen Kollegen und mich in einer Weise begrüßt, für die ich Ihnen herzlich danken will. Wie Sie alle wissen, war der Zweck unserer Reise nach England, in eine freundschaftliche Besprechung mit Ihren führenden Staatsmännern einzutreten. Es ist nicht meine Absicht, in den wenigen Worten, die ich heute an Sie zu richten die Ehre habe, das Gebiet der Politik zu betreten. Aber soviel kann gelagt werden, dass es meine heile Überzeugung ist, dass enge freundschaftliche Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland ein unabdingbar wesentlicher Faktor in europäischen Angelegenheiten sind. Mit den größten Genugtuung und aufrichtiger Hoffnung für die Zukunft kann ich sagen, dass ich herzliche Zustimmung finden werde, wenn ich die Hoffnung ausdrücke, dass diese Bewegung fortduert und die Freundschaft stabilisiert. Wir kennen alle den ersten Stand der Dinge, die Weltdepression der Wirtschaft, gefolgt von ernster Arbeitslosigkeit und sozialer Unruhe, nicht nur in unseren Ländern, sondern in ganz Europa und der übrigen Welt. Die Regierungen der verschiedenen Ländern stehen Problemen gegenüber, die dringend eine Lösung fordern, aber in ihrer Größe nur durch allgemeines Zusammenwirken und einen Geist des guten Willens behandelt werden können. Je mehr diese Notwendigkeit zusammengefaßter Aktionen gewürdigt wird, um so schneller wird die Erholung sein. Von diesem Standpunkt aus hoffe ich, dass unter Besuch in England Frucht tragen

wird, nicht nur als isolierter Akt zwischen unseren beiden Ländern, sondern als neuer Meilenstein in der Entwicklung des internationalen Friedens und Einvernehmen. Die Tage, die wir in England als Gäste der britischen Regierung verbracht haben, die freundliche Aufnahme, die Dr. Curtius und wir selbst als äußerst angenehme Erinnerung ansehen werden.

Seinen gesellschaftlichen Höhepunkt erreichte der Besuch des deutschen Reichskanzlers und Reichsaußenministers Montagabend mit dem Diner, das der deutsche Botschafter und Frau von Neurath zu ihren Ehren in der deutschen Botschaft im Carlton-House-Terrasse gab und an das sich ein großer Empfang anschloss, der in den Räumen der Deutschen Botschaft das gesamte Diplomatische Korps Londons, die Spitze des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, prominente Mitglieder der deutschen Kolonie in London, sowie zahlreiche Vertreter der englischen und deutschen Presse versammelte.

Der Empfang nahm einen glänzenden Verlauf und gab den deutschen Ministern Gelegenheit, mit repräsentativen Mitgliedern der verschiedensten Schichten der öffentlichen Meinung Englands Fühlung zu nehmen. Dienstagmorgen erfolgt die Abreise nach Southampton, wo sich die deutschen Minister an Bord der „Europa“ zur Heimfahrt nach Deutschland begeben werden.

## Die innerpolitischen Auswirkungen

Berlin, 9. Juni.

Im Kreisen der Reichsregierung liegen noch keine näheren Mitteilungen über die Begegnungen in Chequers vor, die über das hinausgehen, was in der Pressezeitung bereits bekannt geworden ist. Man wartet zunächst die Rückkehr Reichskanzlers und des Reichsaußenministers ab. Beide werden voraussichtlich am Donnerstag dem Kabinett über ihre Reise Bericht erstatten und daran wird sich die Unterrichtung des Parteiführers anschließen.

In politischen Kreisen ist man sich vollkommen klar darüber, dass die Zusammenkunft von Chequers auch für die weitere innenpolitische Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung ist.

Die Entscheidung der Fraktionen, wobei es hauptsächlich auf die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei ankommt, über die Einberufung oder Nichteinberufung des Reichstags hängt im wesentlichen davon ab, ob die Reichsregierung in der allerndächtesten Zeit praktische Schritte zur Revision des Young-Plans unternimmt. Sowohl bei der Sozialdemokratie als auch bei der Deutschen Volkspartei hält man die Einberufung des Reichstages für unmöglich, wenn damit nur die Aussicht eröffnet wird, dass die Regierung in einem außerordentlich wichtigen Abschnitt unserer Außenpolitik auch noch innere Schwierigkeiten begegnen wird.

Rechtsdeutsche ist die Kritik an der Notverordnung selbst bei beiden Parteien außerordentlich scharf. Wie wir von führenden sozialdemokratischen Seiten erfahren, bemängelt man hier vor allem die Staffelung der Körperschaftssteuer und den Bereich der Reichsregierung auf eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung. Durch eine solche Erhöhung wären nach sozialdemokratischer Ansicht auch die Arbeitgeber mitschuldet worden, während jetzt einzig die Arbeitnehmer alles zu tragen hätten. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird am Mittwoch mit den Freien Gewerkschaften eine gemeinsame Sitzung abhalten, die als wichtige Vorbereitung der am Freitag folgenden Fraktionsitzung angesehen wird.

Andererseits wird in politischen Kreisen viel beachtet, dass der Führer der Deutschen Volkspartei in seiner letzten Rede offen den Gedanken eines Direktums erörtert hat. Man weißt auch darauf hin, dass ein so prominentes der Deutschen Volkspartei nahestehendes Blatt wie die Kölnische Zeitung, einer der Hauptkämpfer gegen die jetzige Form der Notverordnung ist und ihre Abänderung verlangt.

wirtschaft erleidet muss. Und wenn führende Wirtschaftler noch so deutlich den Beweis führen, dass sich eine Besserung der Weltwirtschaft nur durch einen Erlass der Tributpflicht verringern kann, das von Deutschland aus die Besserung kommt muss, sie werden gegen Prinzipien nicht ankommen.

Stehen wir aus der neuen Bewegung gegen die Tributpflicht, aus den Verhandlungen von Chequers das Fazit: Die Diskussion ist angebahnt, sie wird aber von vornherein auf lange Sicht gestellt. Wir werden Vertröstungen erzielen, denn selbst wenn es gelingt, Konferenzen einzurufen, sie werden viel Zeit in Anspruch nehmen und uns zunächst in den Schwierigkeiten lassen, die unüberwindlich

scheinen. Aus diesem Grunde wäre es angebracht, wenn die deutsche Regierung ungestüm zunächst wenigstens das vorgeführte Moratorium beantragte. Es entlastet die Reichsfinanzen sofort. Und sofortige Einsparung der Tributpflicht und ihre Verwendung für produktive Arbeit bedeute mehr, als wenn wir durchaus konsequent an der vollen Streichung arbeiten wollen, auf alles andere aber verzichten. Jede Möglichkeit müsste erschöpft werden. Und die erste ist das Moratorium. Inzwischen mögen die Verhandlungen beginnen und Verträge erfolgen. Der Weg nach Chequers war nur ein bestehender Anfang, dem neue Taten folgen müssen.